-------- Weitergeleitete Nachricht --------

|  |  |
| --- | --- |
| **Betreff:**  | Was sagt Dr. Nüsslein zu Rechtsbruch oder Rechtsbeugung? |
| **Datum:**  | Tue, 29 Nov 2016 16:11:00 +0100 |
| **Von:**  | Freunde für Bayern <fffbayern@gmx.net> |
| **An:**  | Georg Nüsslein <georg.nuesslein@bundestag.de> |
| **Kopie (CC):**  | Katrin Albsteiger MdB <katrin.albsteiger@bundestag.de>, Beate Dr. Merk <europaministerin@stk.bayern.de> |

Sehr geehrter Herr Dr. Nüsslein, zum Bericht Augsburger Allgemeine ***"Nüßlein will es nochmal wissen***" erlaube  ich mir hiermit Ihnen zu Ihrer erfolgreichen Laufbahn und erneuten Nominierung (98 % Ergebnis beweist alles) zur Wahl 2017 Deutscher Bundestag zu gratulieren.

Wenn Gerrit Ranft schreibt ***"zu allererst gehe es im Freistaat  um die CSU, die letzte Volkspartei in Europa"***diesem Satz kann man eigentlich nicht uneingeschränkt zustimmen, denn Ihnen ist doch hinreichend bekannt, wie man in Bayern bei der Einführung der Zweitwohnungssteuer nicht mit ehrlichen, soliden Argumenten vorgegangen ist. Darüber haben wir mit Ihnen schon sehr viele Diskussionen und Schriftwechsel geführt, Sie persönlich, so unsere Überzeugung, hätten es sehr wahrscheinlich wesentlich diplomatischer angegangen. Aber es war nicht Ihre Aufgabe als MdB  - trotz Ihres Versuchs bei der CSU - Führung etwas Aufmerksamkeit zu erwecken hatten Sie keine Chance  etwas Positives für unsere vorgetragenen Kritikpunkte zu erreichen.

Stimme Ihnen teilweise zu wenn Sie zu verstehen geben ***"ich bin nicht der Rechtsaußen der CSU,was mir gelegentlich vorgeweorfen wird"*** *,* diesen Satz möchte ich sogar noch bestätigen, denn eine große Anzahl  bayerischer Landespolitiker werden vom Innenministerium und den Kommunalverbänden in diktatorischer Weise beherrscht. Was ganz zu verächtlich zu bewerten ist, dass hier nicht mit der eigentlichen Wahrheit umgegangen wird. In Sache Zweitwohnungssteuer entfachte man eine einseitige üble "Hetzkampagne" aus Ministerien und zahlreichen Bürgermeistern welche die Behauptung gegenüber den Einheimischen in die Welt setzten: **"*Bayerischen Kommunen stünde wie in allen übrigen Bundesländern praktiziert  auch die Einnahmen aus einer Zweitwohnungssteuer zu, denn für die Kommunen stünden Finanzzuweisungen bzw. nur Schlüsselzuweisungen für Erstwohnsitzbürger zu, für Bürger mit Zweitwohnsitzen gäbe es keine derartigen Zuwendungen, wie auch in allen übrigen Bundesländern. Deshalb hätte man  der Forderung der Kommunalverbände nachgegeben und das Verbot, welches schon seit 1988 bestand, mit breitem Mehrheitsbeschluss mit Wirkung zum 1.1.2005 aufgehoben.***

Ex- Ministerpräsident Stoiber versuchte noch mit ebenfalls gehässigen Kommentaren über seine unseriöse Feststellung das Echo zu befeuern mit den Worten: ***Die Bürger mit Zweitwohnsitzen verursachen in den Kommunen nur Kosten und stützen nicht die Wirtschaft, denn diese brauchen nur den Strom und das Wasser vor Ort um die Kartoffeln zu kochen welche sie von zu Hause mitbringen.***

Ob jeder Abgeordneter Bescheid wusste, dass es eigentlich eine verlogene Darstellung sei, ist nicht nachweisbar, aber Lügen hatten hier wohl dazu beigetragen, dass die Einheimischen insbesondere in den Tourismusgebieten geradezu sehr ausgeprägte Gehässigkeiten den somit unerwünschten Bürgern mit Zweitwohnungen nicht verheimlichten - denn diesen wurde es vorenthalten, dass hier auf breiter Basis gelogen worden ist. Hinzu kommt noch, dass eine ausgesprochenen Neidkampagne sich breit machte, der Vorwurf des Ausverkaufs der Heimat an die unerwünschten Fremden - macht es unmöglich Wohneigentum für einen Einheimischen zu erwerben, denn die Preise werden generell von den "Fremden" überboten, es kommt noch dazu eine geringere Kaufkraft der Bürger vor Ort, da diese NUR  vom Tourismus leben und  sehr bescheidenes Einkommen vorhanden sei. Es ist auch in der Immobranche bekannt, dass inzwischen ein bestimmtes Süd- Nordgefälle besteht, da am Alpenrand z.B. die Touristiksaison mit etwa 11 Monaten interessanter ist  als die 5 Monate an Ost- und Nordsee, auch dort erfolgt ein totaler Ausverkauf - trotz geringer Saison. Anzumerken sei in diesem Zusammenhang, dass die Auswirkungen der EZB nicht von den Bürgern mit Zweitwohnsitz verursacht wird - Anlagenotstand in fast allen europäischen Ländern samt des Nachbarlandes Schweiz und Holland löste doch eine gewisse Änderung des Wirtschaftsleben aus.

Fakt ist, diesen Kommunen standen im Einführungsjahr und auch schon all die Jahre zwischen 1988 und 2005 nicht weniger als jährlich 35 Mio € als Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze zur Verfügung, zusätzlich wurden diese Einnahmen bei der Bewertung der Finanzkraft einer Kommune, welche eigentlich die Grundlage bietet die zur möglichen Festlegung im kommunalen Finanzausgleich. Die Einnahmen aus der Zwst betrugen lediglich 24 Mio € - wobei mit diesem Ertrag die Kosten für Erfassung und Überwachung gar nicht berücksichtigt sind, denn in der Regel frisst dieser Aufwand, wie von der Stadt München veröffentlicht, etwa 60 % der Einnahmen auf.

Viele Jahre blieb diese Doppelstrategie  fast wie ein Geheimnis bis uns nach einer ausführlichen Gesprächsrunde im Maximilineum 2008 bzw. 2009 der inzwischen verstorbene MdL Sepp Daxenberger dem Innenminister Herrmann eine Auskunft über die Wahrheit der Doppelstrategie abverlangte. Mit großem Entsetzen reagierten jene Kommunen, welche in Punkto Zweitwohnungssteuer nur negative Auswirkungen in ihre Kommune wegen Abwanderungen bzw. Abmeldungen von Erstwohnsitzen hohe Verluste im kommunalen Finanzausgleich registrierten. Anfang Januar 2014 wurde  von drei verschiedenen bayerischen Gemeindevertretern ein Popularklage auf den Weg gebracht, in der Folge wurde sodann im März 2014 teilweise mit großer Resignation im bayerischen Landtag die Abschaffung der Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze und zwar in 20% igen Schritten bis zum Jahre 2019 endgültig voll wirksam beschlossen nur um der Gerichtsentscheidung zuvor zu kommen.

Das Gejammere und Stöhnen der betreffenden Kommunalvertreter war nicht überhörbar - Presseberichten zu Folge beschlossen diese sodann die Zweitwohnungssteuer kräftig zu erhöhen und den Verlust dieser entgehenden Einnahmen "Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze"  auszugleichen. Somit wurde Unseriöses mit weiterem Unseriösem  weiterverfolgt. Eine Abschaffung kommt keinesfalls in Frage, das bestimmt weigehend der Gemeindetag.

Nun lieber Herr Dr. Nüsslein  Sie haben sich in all den Jahren Ihrer Tätigkeit auch einen positiven Namen gemacht, wenn es heißt: *"****Er bewähre sich insbesondere immer mal wieder auch als  Konfliktlöser"***

In Sachen Zweitwohnungssteuer bedarf es wohl keiner Anstrengungen mehr, dann inzwischen gibt es nur noch den Weg über Gerichte die Zweitwohnungssteuer entweder in eine tragbare Lösung zu zwingen oder aber die Betroffenen sind inzwischen so frustriert und werden bei bestimmten Wahlgängen den verantwortlichen einiger Parteien Quittungen verpassen. Es ist bekannt wie man Entscheidungen diese Kommunen welche eine Zwst. weiterhin fordern  so abstrafen kann, dass nur noch die Investitionen als sichere Kapitalanlage zu überbrücken ist bis  wieder eine geänderte Zukunftsperspektive bei Kapitalanlagen eintritt.

Jetzt ganz Neu im bayerischen Karussell ist die noch viel weiterverbeitete Empörung in vielen Kommunen über die bayerische Staatspolitik, allerdings auch bundesweit sehr differenziert zu betrachten - es geht hier um **Straßenausbaubeiträge.** Trotz Anhörung im Maximilianeum mit allen vorgetragenen Kritikpunkten am 15.07.2015 gelang es nicht in Bayern eine Lösung anzustreben wie es seit vielen Jahren ohne Probleme in Baden-Württemberg funktioniert - das allerdings inzwischen nicht mehr von der CDU sondern mit dem Grünen MP Kretschmann regiert und begleitet wird. Eigentlich ist die CSU hier wieder einmal das größte Übel, wenn man nur die Ausführungen von Bgm Griebel anlässlich dieser Anhörung betrachtet. Scheinbar sah man sich doch noch  genötigt eine Alternative zur bestehenden Gesetzeslage zu überlegen bzw. anzubieten. Mit der Möglichkeit Wiederkehrender Beiträge den Kommunen eine Alternative zu bieten ist als würde man einem blinden Sand in die Augen zu streuen um damit den Einsatz einer Brille zu ersparen. Von ganz großer Bedeutung darf eigentlich die Bemühungen  von zahlreichen Kommunen bewertet werden, welche aus Überzeugung die Abschaffung der Satzungen im Rahmen der Kommunalen Selbstverwaltung zum Wohle ihrer Bürger  beschlossen haben. Sehr betrüblich muss nun die Entscheidung des bayerischen VGH - München betrachtet werden, mit der inzwischen wieder einmal aus dem bayerischen Innenministerium geforderten Soll - Regelung eine Mussregelung zu erpressen wird wohl die  kommunalen Selbstverwaltung außer Kraft gesetzt, eine Art Regierungserklärung wie es in der Türkei eine Präsident Erdogan zu pflegen hegt, wer nicht mit den Zielen des Ministers einverstanden ist wandert entweder ins Gefängnis oder eines Tages wird die Todesstrafe eingeführt.  Diese Vorgehensweise trägt wohl nicht zum Wohle des Volkes und keinesfalls dient es den Frieden in Kommunen auch in Bayern zu fördern. Es kann doch nicht sein, dass der Anlieger wiederholt für eine Sanierung der Straße finanziell geschröpft werden muss, obwohl diese im Besitz der Kommune ist und von der Allgemeinheit zerstört wird. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass ein Grundstückseigentümer anteilmäßige Kostenbeteiligung zu tragen hat bei der Ersterschließung, aber bitte nicht wiederholt  per Gesetz zur Kasse zu verpflichten. Dieser  tatsächlichen Fakten schließt man sich in Baden Württemberg, in Berlin - in Hamburg und München plus vielen bayerischen Städten und Gemeinden eigentlich an, nur im bayerischen Innenministerium  beharrt man auf eine nicht akzeptable Gesetzeslage.

Was halten Sie von der Forderung: Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzungen?

Hierzu bitte nur ein kurze Antwort von Ihnen und eventuell auch von Katrin Albsteiger, da beide für unsere Region die Interessen der Wähler zu vertreten haben erbeten, denn im Jahre 2017 bzw 2018 haben wieder die Bürger die Möglichkeit die Ergebnisse einer Regierung zu bewerten und mit der  Abgabe ihrer Stimme Zukunftsperspektiven der nächsten 4 Jahre einzuleiten.

mit freundlichen Grüßen

gez. Butzmann

EM fffbayern@gmx.net  Tel. 07309 5084

Empfehlung: Verbreitete Volksmeinungen sind zu entnehmen und zu bewerten  dazu sei das Instrument Internet  wohl  von großer Bedeutung, auch für ehrliche Politiker lehrreich:

www antistrabs-net.de  //[http://www.br.de/nachrichten/strassen-ausbau-beitraege-streit-vgh-100.html //  +  Vssd./eu + // AVgkd + *www.****ig****-****gartenstrasse****-****senden****.de/kontakt/*](http://www.br.de/nachrichten/strassen-ausbau-beitraege-streit-vgh-100.html)